

Michael Ruck (Hrsg.), *Gegner – Instrument – Partner. Gewerkschaftliche Staatsverständnisse vom Industrialismus bis zum Informationszeitalter (Staatsverständnisse, Bd. 106)*, Nomos Verlag, Baden-Baden 2017, 270 S., brosch., 39,00 €.

Dass gewerkschaftliche Staatsverständnisse zum Thema eines Sammelbands in der von Rüdiger Voigt betreuten Reihe »Staatsverständnisse« genommen wurden, ist zu begrüßen, signalisiert diese Wahl doch eine perspektivische Auffaltung der Reihenkonzeption – über den vielfach personalistischen Zugriff (etwa die Frage nach »dem« Staatsverständnis von Thomas von Aquin, Thomas Hobbes, Martin Luther oder Karl Marx) hinaus zu einer Öffnung für die Analyse des Verhältnisses gesellschaftlicher Großorganisationen zum Staat.

Nachdem Michael Ruck einleitend die »großen Linien« der Geschichte der deutschen Gewerkschaften nachgezeichnet hat, wird – aufgliedert in drei Teile – zunächst die Entwicklung des Staatsverständnisses der deutschen Gewerkschaften beleuchtet. Da geht es im ersten Teil um die »Ursprünge gewerkschaftlichen Staatsverständnisses in Deutschland von der 1848er-Revolution bis zum Ersten Weltkrieg«: Klaus Schönhoven schöpft mit seiner Darstellung des Verhältnisses der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften zum Staat, in der er die unterschiedlichen, zum Teil widersprüchlichen Erwartungen an den wilhelminischen Obrigkeitsstaat beschreibt, präzise den mit dem Titel dieses Teils vorgegebenen Rahmen aus. Bernhard Forster greift bei seinem Überblick über das Staatsverständnis der christlich-nationalen Gewerkschaften zeitlich weit über das Kaiserreich hinaus, indem er nicht nur das Bekenntnis dieser Richtungsgewerkschaften zum monarchischen Staat, sondern auch das ambivalente Verhältnis zur Weimarer Republik schildert. Im zweiten Teil, in dem der »Gewerkschaftliche Etatismus vom ›Burgfrieden‹ über die ›Nationale Einheitsfront‹ bis zur ›Nationalen Revolution‹« ausgelotet wird, wird die gewerkschaftliche Politik schon im Titel auf ihre »nationale« Dimension konzentriert. So schaut Michael Ruck auf die Gewerkschaften in den Jahren 1914 bis 1923, die er vorwiegend als »Protagonisten nationaler Belange« apostrophiert, womit freilich das gewerkschaftliche Pochen auf soziale und auch demokratische Reformen zurückgestuft wird. Dass Detlev Brunner sodann das gewerkschaftliche Staatsverständnis von 1914 bis 1933 untersucht, führt nicht nur zu Überschneidungen mit dem Beitrag von Ruck, sondern überspielt zudem erneut die von Revolution und Republikgründung markierte Epochengrenze. Letztere war aber von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Staatsverständnisses der freien Gewerkschaften in den 1920er-Jahren. Sie trugen dem Systemwechsel zum einen mit eigenen Verfassungsplänen und zum anderen mit einer Konzeption der Wirtschaftsdemokratie Rechnung, in der sie dem 1919 geschaffenen demokratischen Staat zentrale Bedeutung für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Zielvorstellungen beimaßen. Klar herausgearbeitet werden schließlich die Grenzen des gewerkschaftlichen Einstehens für den demokratischen Sozialstaat Weimarer Prägung in den Monaten nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten, in denen die gewerkschaftliche Politik von einem Kurs zwischen dem Versuch einer behutsamen Selbstbehauptung und Anpassung, ja Anbiederung an den »Neuen Staat« gekennzeichnet war. Irritierend mag wirken, dass der dritte Teil des Sammelbands den Titel »Gewerkschaften im demokratischen und sozialen Rechtsstaat supranationaler Einbettung« trägt. Denn dieser Teil beginnt mit einem Beitrag von Peter Rütters zu den »Gewerkschaftlichen Staatsvorstellungen im Widerstand gegen das NS-Regime, in der Emigration und in den ersten Nachkriegsjahren 1933 bis 1948. Mag man in den vor allem im Exil entwickelten Programmvorstellungen der Gewerkschaften auch Vorgriffe auf den zu schaffenden »demokratischen und sozialen Rechtsstaat« erkennen, so waren die Bedingungen, unter denen die Ideen für eine »neue deutsche Gewerkschaftsbewegung« diskutiert wurden, doch von den Epochenerfahrungen der NS-Diktatur geprägt. Dass dann direkt im Anschluss an Rütters' Schilderung der Neuformierungsphase bis 1948 Hans-Otto Hemmer die Rolle der »Gewerkschaften im ›Modell Deutschland‹ 1976 bis 1998« betrachtet und danach Wolfgang Schroeder die – aktuelle – »Staatsbedürftigkeit der deutschen

Gewerkschaften in unsicheren Zeiten« diagnostiziert, lässt bedauern, dass die für die programmatische Selbstfindung bzw. -verortung der Einheitsgewerkschaften des DGB zentralen Jahrzehnte, eben die 1950er- und 1960er-Jahre, ausgespart werden. In dieser Zeit erfolgte jedoch mit dem Düsseldorfer Grundsatzprogramm von 1963 – sozusagen in Nachvollzug des Godesberger Prozesses der SPD – die Klärung des Verhältnisses zum demokratischen Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland unter Anerkennung der Sozialen Marktwirtschaft.

Der vierte Teil über »Gewerkschaftliche Staatskonzepte im internationalen Vergleich« setzt mit dem Blick auf die Situation in drei anderen Industrienationen schließlich wichtige Akzente zur Erläuterung der Vielfalt gewerkschaftlicher Staatsverständnisse, wobei die Unterschiede – zumal in Abhebung vom Bild der deutschen Gewerkschaften – überaus deutlich werden: Wolfgang Uellenberg-van Dawen bietet einen umfassenden Überblick über die »Konfliktvolle Distanz zu Staat und Parteien« der (anarcho-syndikalistisch beeinflussten) französischen Gewerkschaftsbewegung bis in die Gegenwart; auch Julia Angster betrachtet mit ihrer Analyse der Gewerkschaften in den USA, deren Politik sie »zwischen voluntaristischer Staatsferne und sozialliberalem Lobbyismus« ansiedelt, den Zeitraum vom 19. Jahrhundert bis zum Ende des 20. Jahrhunderts; André Keil konzentriert sich in seinem Beitrag »Zwischen Klassenkampf und Systemimmanenz. Die britische Gewerkschaftsbewegung und der Staat« demgegenüber auf die Zeit bis 1979, womit der Niedergang der (zuvor streikfreudigen) britischen Gewerkschaften seit der »Ära Thatcher« ausgespart bleibt.

Auch wenn die Systematik des Sammelbands, der mit seinem chronologischen Aufbau der ersten drei Teile doch letztlich wie eine Gesamtdarstellung angelegt ist, präziser hätte durchkonstruiert werden können, entsteht insgesamt ein umfassendes und vielfältiges Bild des widersprüchlichen Verhältnisses von Gewerkschaften und Staat. Immer wieder geht es, wie insbesondere für die Entwicklung in Deutschland entfaltet wird, um das ambivalente Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat, von dem nicht nur die Übernahme von sozialer Verantwortung und damit eine arbeit(nehm)erfreundliche Gestaltung insbesondere von Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht und Sozialversicherung, sondern zudem die uneingeschränkte Anerkennung der Autonomie der gewerkschaftlichen Interessenvertretung erwartet wurde und wird; dabei zeigten sich die deutschen Gewerkschaften, die sozialdemokratisch orientierten ebenso wie die christlich-nationalen, immer wieder bereit, sich in vorgefundene Staatsformationen und damit Machtverhältnisse einzuordnen – und zwar, wie im Ersten Weltkrieg und im Frühjahr 1933, bis an den Rand der Preisgabe ihrer politischen Identität. Herausgearbeitet wird zudem, dass sich die Gewerkschaften, so bei der Gründung der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland, jeweils aktiv in die Verfassungsberatungen eingeschaltet haben, um ihrem Ziel des demokratischen und sozialen Rechtsstaats näher zu kommen. Deutlich wird schließlich, wie sehr die gewerkschaftliche Erfolgsmöglichkeit auf ihren zentralen Politikfeldern von der jeweiligen Verfasstheit des politischen Systems, auch der politischen Orientierung der jeweils Regierenden und vor allem aber – wie sich einmal mehr in den letzten Jahrzehnten zeigt – von den jeweiligen sozio-ökonomischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängt. Gerade die Bedeutung dieses Bedingungsgeflechts wird durch die epochenübergreifende Analyse der Entwicklung in Deutschland und zudem durch den Vergleich mit ausgewählten nicht-deutschen Beispielen durchgängig unterstrichen.

Michael Schneider, Kalenborn

Zitierempfehlung:

Michael Schneider: Rezension von: Michael Ruck (Hrsg.), *Gegner – Instrument – Partner. Gewerkschaftliche Staatsverständnisse vom Industrialismus bis zum Informationszeitalter* (Staatsverständnisse, Bd. 106), Nomos Verlag, Baden-Baden 2017, in: *Archiv für Sozialgeschichte* (online) 58, 2018, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81853>> [23.4.2018].